

HEATH-BESUCH IN CHINA:

"Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg"

Rüdiger Machetzki

Der Besuch des britischen Ex-Premiers Edward Heath in der Volksrepublik China wurde nicht nur im Westen als ein weiterer Schritt in der bisherigen Welt- und Europapolitik des östlichen Landes betrachtet. Die Bedeutung, die die chinesische Führung dem Besuch beigemessen hat, kam nicht nur in einem Empfang zum Ausdruck, der in seiner besonderen Art nur Staatschefs westlicher Länder vorbehalten war, Heath war zudem der erste westliche Politiker, der als Nichtmitglied einer Regierung von Mao Tse-tung persönlich in seiner Residenz Chung-nan-hai empfangen wurde. Darüber hinaus kam es zu mehreren ausgedehnten Gesprächen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing, mit Chou En-lai und anderen führenden Vertretern der chinesischen Regierung. Selbst Maos Frau Chiang Ch'ing durfte Edward Heath zu einem Konzert in der Großen Volkskongreßhalle begleiten.

Der Besuch Heaths, ursprünglich für den Januar dieses Jahres vorgesehen, hatte sich wegen der gespannten inneren Lage in Großbritannien verzögert. Dennoch erneuerte die chinesische Führung auch nach der Wahlniederlage der konservativen Regierung demonstrativ ihre Einladung. Offensichtlich wollte man in Peking zugleich seine Genugtuung über die bisherige britische Europapolitik und seine Kritik an der Haltung der neuen Labour-Regierung zum Ausdruck bringen. Diese Tatsache wurde einerseits durch die Transparente auf dem Pekinger Flughafen vossignaliert, auf denen zu lesen stand: Wir unterstützen entschlossen die Völker Europas in ihrem Kampf gegen den Hegemonismus. Andererseits deutete sie sich auch in den offiziellen Trinksprüchen Teng Hsiao-p'ings an, der zwar das Wohl des "ehemaligen Premierministers des Vereinigten Königreiches und Führers der Konservativen Partei" sowie das Wohl der britischen Königin ansprach, jede Nennung der jetzigen britischen Regierung aber bewußt zu unterlassen schien. Offensichtlich setzt Peking seine Hoffnungen auf einen baldigen Regierungswechsel in Großbritannien und auf die Rückkehr einer Regierung, die den Interessen der chinesischen Außenpolitik eher entgegenzuarbeiten scheint. Welcher Art die Gemeinsamkeiten sind, die durch den Heath-Besuch erneut dokumentiert werden sollten, ergibt sich insbesondere aus den Gesprächen und Bankettreden der jeweiligen Führer.

Auffallend auf chinesischer Seite war, daß Heath zwar im Namen "des Ministerpräsidenten Chou En-lai herzlich willkommen geheißen wurde", daß Chou selbst jedoch nur zu einem verhältnismäßig kurzen Gespräch am 27. Mai mit Heath zusammentraf, an dem auch Teng Hsiao-p'ing, der stellvertretende Außenminister Chiao Kuan-hua und der Außenhandelsminister Li Chiang teilnahmen. Chou äußerte gegenüber anwesenden britischen Journalisten, daß sein Gesundheitszustand sich verschlechtert habe und daß er deshalb in seiner Arbeit zurückhaltender sein müsse. An dieser Stelle ist nicht der Platz, Spekulationen zu der

allgemeinen Diskussion hinzuzufügen, ob es sich bei der Krankheit Chou En-lais um eine echte Erkrankung handle oder ob es eine "politische" sei. Fest steht nur, daß die chinesische Außen- und Westpolitik seit Beginn dieses Jahres eine gewisse Akzentverlagerung durchgemacht hat. Zwar sticht nach wie vor der Anti-Sowjetismus als Leitmotiv hervor, aber eine gewisse Abkühlung des Verhältnisses zu den USA ist nicht zu übersehen. Möglicherweise hatte man sich in der Volksrepublik nach dem Nixon-Besuch und dem Shanghaier Kommuniqué vom Februar 1972 raschere Fortschritte in der Taiwanfrage erhofft. Aber trotz der weiterbestehenden anti-sowjetischen Konfrontation hat sich die Aussage der Politik geändert. Nicht mehr die Volksrepublik selbst ist danach das Land, das der höchsten Bedrohung durch den "Sozialimperialismus" unterliegt, sondern das "Zentrum der Unruhen" hat sich nach Europa verlagert. Teng Hsiao-p'ing führte dazu aus: (1).

"Obwohl sie (Sowjetunion) sich das Schild des Sozialismus umhängt, ist sie in der Tyrannisierung anderer noch schlimmer (als die USA). Ihre Methoden, Taktiken und Manöver mögen sich ändern, aber der Kern ihrer Politik - das Streben nach der Welthegemonie - bleibt gleich... Der Wettstreit zwischen den Supermächten wird immer schärfer... die Völker werden sich zur Revolution erheben. Sie (Supermächte) können ihrem Untergang nicht entgehen. Daher sagen wir, die gegenwärtige Weltlage könne durch die Verszeile illustriert werden: "Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg". Die Supermächte versuchen nicht nur, die Entwicklungsländer zu kontrollieren, sondern sie streben gleichzeitig danach, die entwickelten Länder zu tyrannisieren, die es in der Macht nicht mit ihnen aufnehmen können. Gegenwärtig ist Europa der Brennpunkt ihres Wettstreits, und das ist der Hauptgrund dafür, daß in Europa Unruhe herrscht. Es ist augenscheinlich, woher die Hauptgefahr für Europa kommt. Jüngste Entwicklungen haben noch mehr gezeigt, daß einige Leute öffentlich von Freundschaft sprechen, aber Spione senden, daß sie von Sicherheit reden, hinterrücks aber Subversion unternehmen, daß sie das Lied von der Abrüstung spielen, in Wirklichkeit aber die Aufrüstung betreiben. Ihre Strategie ist eine Strategie, im Osten ein Scheinmanöver zu vollführen und im Westen den Angriff zu unternehmen. Wir sehen mit Freude, daß die Völker in Westeuropa immer mehr erwachen."

Fragt man nach den Gründen, die diesen Wandel in der Weltlage beurteilung durch die chinesische Führung verursacht haben könnten, so bieten sich neben äußeren auch interne an, insbesondere wenn man die Auseinandersetzungen innerhalb der KPCh seit dem 10. Parteitag im August vorigen Jahres berücksichtigt. Von Beginn an scheint es starke Kräfte innerhalb der Partei gegeben zu haben, die nicht nur den inneren Kurs der Regierung Chou En-lais mit Mißtrauen verfolgten, sondern die auch die Annäherung an den "US-Imperialismus, den Weltfeind Nummer eins der Völker" ablehnten. Eine solche Annäherung konnte nur durch die direk-

te Bedrohung seitens der Sowjetunion gerechtfertigt werden. Zwar zeigte diese politische Linie insbesondere gegenüber den USA gewisse Erfolge, zugleich aber verhallte sie in Europa wenn nicht ungehört, so doch unberücksichtigt. Vielmehr schien man sich innerhalb der chinesischen Führung darüber klar zu werden, daß die "Länder der zweiten Zwischenzone", die sich mit China gegen die Supermacht-hegemonie der Sowjetunion verbünden sollten, diesen Konflikt eher dazu verwandten, sich selbst zu Lasten der Volksrepublik zu "entspannen". Erstmals sprach Chou En-lai diese Sorge offen während des 10. Parteitages aus. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Volksrepublik das "Zentrum der Unruhe" wieder in den Westen, d.h. nach Europa verlagern wollte. Ein weiterer Aspekt dieser Verlagerung liegt im Verhältnis zu den USA. Es besteht keine dringende Notwendigkeit, mehr als eine "Entente minimale" aufrechtzuerhalten, um ein Zusammengehen der beiden Supermächte zu verhindern. Die Außenpolitik der Volksrepublik China kann also unter den neuen Voraussetzungen einen Kurs einschlagen, der auch den betonter "ideologischen" Kräften innerhalb der KPCh vertretbar erscheinen mag.

Konkreter, d.h. auf Europa bezogen, stellte die Einladung Heath' eine Bestätigung der alten Ziele der chinesischen Europapolitik dar. Die chinesischen Führer zollten Heath Beifall dafür, daß er erstens einen reservierten Kurs gegenüber den Europaplänen der Sowjetunion eingeschlagen hatte, daß er zweitens Großbritannien in die Europäische Gemeinschaft hineingeführt und daß er drittens die Beziehungen zur Volksrepublik China durch den Botschafteraustausch sowie die Schließung des britischen Konsulats auf Taiwan normalisiert hatte. Ferner hatte er expressis verbis Taiwan als chinesisches Hoheitsgebiet anerkannt. Die Regierung Heath war also diejenige Regierung in Europa gewesen, die den chinesischen Vorstellungen am weitesten entsprach. Diese Tatsache mag um so bedeutender erscheinen, als zuvor sowohl die deutsche als auch die französische "Karte" nicht gestochen hatten. Die Bundesregierung hatte sich weder während des Scheel-Besuches noch seither bereit gezeigt, die prononziert anti-sowjetischen Akzente der chinesischen Außenpolitik mitzuverfolgen, und Frankreich hatte noch während des Pompidou-Besuches eine betont nationale Haltung gezeigt, d.h. auf die wiederholten Aussagen der chinesischen Regierung zu verstärkter Einheit in Westeuropa nicht reagiert (2). Die konservative Regierung Heath hingegen hatte in beiden Aspekten eine Politik verfolgt, die China nur begrüßen konnte. Gleichsam als Ausgleich hierfür erklärte sich die chinesische Regierung sogar bereit, "Fragen, die zwischen beiden Ländern bestehen, zu einem gegebenen Zeitpunkt auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der Koexistenz zu lösen" (3). Gemeint ist wohl die Hong Kong-Frage; denn die Volksrepublik hat sich seit einiger Zeit vergeblich darum bemüht, eine diplomatische Vertretung in der Kronkolonie zu erlangen. Von britischer Seite aus mag der Heath-Besuch neben politischen auch außenwirtschaftlichen Hoffnungen entsprechen haben. Möglicherweise verspricht sich eine zukünftige konservative Regierung neben einer gewissen außenpoliti-

1) PRu No.22, 1974, S.8.

2) Siehe: Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Bonn-Peking, in C.a. Oktober 1972, S.13-16.

China und Europa - zu Pompidous Chinabesuch, in C.a.

schen Gemeinsamkeit und neben einem entspannten Klima in Hong Kong vor allem vorteilhaftere Handelsbeziehungen als dies bisher der Fall war. Heath hatte sich während einer Zwischenlandung in Karachi vor pakistanischen Journalisten auch diesbezüglich geäußert. Er wollte in Peking "nicht nur Gespräche über internationale Angelegenheiten, sondern auch über Handelsfragen und wirtschaftliche Fragen führen" (4). Die Anwesenheit des chinesischen Außenhandelsministers Li Chiang während des Empfangs auf dem Peking Flughafen und während aller wichtigen Gespräche - das Treffen mit Mao Tse-tung ausgenommen - deutet darauf hin, daß China diese Fragen keineswegs übergehen wollte. Zwar ist über Einzelheiten solcher Gespräche nichts bekannt geworden, aber ein Blick auf die britisch-chinesischen Handelsbeziehungen läßt vermuten, worum es beiden Seiten zu tun gewesen sein mag. So muß es Großbritannien angesichts einer seit langer Zeit ungünstigen Handelsbilanz daran gelegen sein, seine Exporte in die Volksrepublik zu steigern und seine Importe qualifizierter zu gestalten. Das Hauptinteresse Chinas an Importen aus Europa liegt auf den Sektoren Stahl, Metalle, Kunstdünger, Maschinen und Transportausrüstung. Einer der Hauptexportzweige Großbritanniens nach China lag in der Kupferproduktion. Seit 1971 jedoch ist die Volksrepublik mehr und mehr dazu übergegangen, Kupfer direkt aus den produzierenden Ländern wie Chile, Peru und Zambia zu beziehen. Nicht zufällig waren Chile und Peru zwei der drei südamerikanischen Staaten, die bisher chinesische Entwicklungshilfeleistungen in Anspruch nehmen konnten. Diese Verlagerung der chinesischen Importe jedoch hat zu einer Verschärfung der britischen Exportsituation geführt, zumal Großbritanniens schärfste europäische Konkurrenten, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, in der Zwischenzeit ihre Positionen auf den anderen Sektoren ausgebaut hatten. Jeder britischen Regierung muß es also darum zu tun sein, diesen Außenhandels-spalt mit der Volksrepublik zu verringern. Zugleich dürfte Großbritannien daran interessiert sein, die Zusammensetzung seiner Importe aus China zu verändern, die bislang größtenteils aus Chemieprodukten bestehen, welche von der durchaus prosperierenden einheimischen Industrie hinreichend bereitgestellt werden können. Probleme dürften sich vor allem daraus ergeben, daß die Volksrepublik gegenwärtig noch nicht die Kapazität für qualifizierte Exporte besitzt.

Von chinesischer Seite her dürfte das außenhandelspolitische Interesse gegenüber Großbritannien vor allem durch die Existenz Hong Kongs begründet sein. Die Kronkolonie ist nach Japan der zweitgrößte Handelspartner Chinas noch vor der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus erzielt die Volksrepublik drei Viertel ihrer Gewinne an harter Währung in Hong Kong. Ein langfristiger Ausbau dieser Devisenbasis und Fragen des Reexports chinesischer Waren in Drittländer via Hong Kong dürften daher auf chinesischer Seite von Bedeutung gewesen sein. Es bietet sich also an, daß der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing nicht nur politische Rücksichten nahm, als er davon sprach, "Fragen, die noch zwischen beiden Ländern bestehen, zu einem gegebenen Zeitpunkt zu lösen".

Oktober 1973, S.626-631.

3) PRu No.22, 1974, S.8.

4) Times, 25. Mai 1974.